

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXII/228

Bad Godesberg, den 29. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>SPD und Mitbestimmung</u> Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD	85
3	<u>Abschied von einem Freund</u> Schwedens Botschafter Ole Jødahl verläßt die Bundesrepublik	48
4 - 5	<u>Startchancen verbessern, Leistungen steigern</u> Ziel neuer Hamburger Gesamtschulversuche: "Demokratische Leistungsschule"	80
6	<u>Spanien erweitert Ostkontakte</u> Madrid will sich in Entspannungspolitik einschalten Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	42

***** Zur Beachtung *****
Ab 1. Dezember 1967 lautet unsere Adresse:
SPD-PRESSEDIENST GmbH
53 Bonn 9, Heussallee 2-10
PRESSEHAUS 1

SPD und Mitbestimmung

Von Frank Sommer,
Sprecher des Vorstandes der SPD

In jüngster Zeit hat sich die Diskussion um die Mitbestimmung verstärkt. Das kommt nicht von ungefähr. Aus Anlaß der sich 1966 abzeichnenden wirtschaftlichen Stagnation - eine der zahlreichen bösen Hinterlassenschaften aus der Zeit des Herumwurstelns der Kleinen Koalition unter Ludwig Erhard - bekamen die Arbeitnehmer sehr deutlich zu spüren, wie rasch sich ihre Stellung im Betrieb zum Schlechten wandeln kann, wenn die Spannung auf dem Arbeitsmarkt auch nur geringfügig nachläßt.

In die Diskussion über das Thema Mitbestimmung mischten sich alsbald falsche Töne und zum Teil auch schrille Dissonanzen. Manchmal konnte man fast den Eindruck haben, als gehöre es in gewissen Kreisen zum guten Ton, die SPD für tatsächliche oder angebliche Unterlassungen auf diesem Gebiet zu schelten. Das zeigt sich zum Beispiel in der Frage der Berufung einer Sachverständigen-Kommission in Sachen Mitbestimmung, als der SPD vorgeworfen wurde, sie betriebe diese Angelegenheit nur zögernd. Das Gegenteil war richtig. Entsprechend der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger vom 13. Dezember 1966, in der es hieß:

- * "Die Bundesregierung wird eine Kommission unabhängiger Sach-
- * verständiger berufen und sie mit der Auswertung der bisherigen
- * Erfahrungen bei der Mitbestimmung als Grundlage weiterer
- * Überlegungen beauftragen",

hatten der Bundeswirtschafts- und der Bundesarbeitsminister dem Bundeskanzler einen Vorschlag für die Berufung dieser Kommission unterbreitet. Daß dieser Vorschlag dann monatelang liegenblieb, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Zuweilen hört man auch den - meistens versteckt vorgebrachten - Vorwurf, die SPD messe dem Thema Mitbestimmung insgesamt nicht eine so große Bedeutung zu, wie zum Beispiel Teile der CDU. Natürlich ist auch ein solcher Vorwurf völlig unberechtigt und töricht. Wie sehen die Tatsachen aus?

Die SPD will die Mitbestimmung. In keinem Programm einer anderen Partei steht diese Forderung so deutlich wie im Godesberger Programm der SPD. Dort heißt es:

"... Die Gewerkschaften kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. Jeden Arbeitnehmer zu ständiger Mitarbeit fähig zu machen und dafür zu sorgen, daß er diese Fähigkeit nutzen kann, ist eine große Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirk- samen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der ge- samten Wirtschaft."

1964 beschloß der Parteitag in Karlsruhe:

"Eine umfassende gesetzliche Neuregelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts im Rahmen einer grundlegenden Reform des Unternehmensrechtes ist anzustreben. Durch diese Reform muß die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Mon- tanindustrie hinaus auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden. Durch diese Reform muß die qualifizierte Mitbestimmung der Ar- beitnehmer über die Montanindustrie hinaus auf alle Großunter- nehmen ausgedehnt werden."

Zum gleichen Thema beschloß im Jahre 1966 der Dortmunder Parteitag der SPD:

"Die Mitbestimmung ist von grundlegender Bedeutung für die Wei- terentwicklung unserer Gesellschaft. Wir verweisen auf das Go- desberger Programm und den Beschluß des Karlsruher Parteitages. Die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften ist besonders wichtig, wenn es sich darum handelt, die bisherigen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsrecht sachverständig zu überprüfen und Vorschläge für seine Verbesserung auszuarbeiten."

An dieser eindeutigen politischen Zielsetzung hat sich nichts geän- dert:

- * Noch in dieser Legislaturperiode wird die SPD detaillierte Vor- schläge zur gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung zur öf- fentlichen Diskussion stellen. Auch das bestehende Betriebs- verfassungsgesetz bedarf dringend einer Verbesserung, damit
- * der großen Zahl der in der Wirtschaft tätigen Betriebsräte die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben und Pflichten erleichtert werden kann.

Auch die CDU hat bekanntlich über das Thema diskutiert. Die für diesen Bereich für die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes der CDU zuständige Arbeitsgruppe "Mitbestimmung", unter dem Vorsitz des parlamentarischen Staatssekretärs Benda mußte ihren Auftrag im Okto- ber wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeitsgruppe dem CDU-Generalsekretär Heck unerfüllt z u r ü c k - g e b e n .

Das ist der nüchterne Sachverhalt. Die Sache der Arbeitnehmer, die die Mitbestimmung wollen, damit aus Wirtschaftsuntertanen mündi- ge Wirtschaftsbürger werden können, ist auch die Sache der SPD. Sie wird Erfolg haben, wenn es gelingt, alle Kräfte zusammenzufassen, die dieses gemeinsame Ziel anstreben. Alles andere wäre illusionär. Die Wundertüte in der Politik ist noch nicht erfunden.

Abschied von einem Freund

Schwedens Botschafter Ole Jödahl verläßt die Bundesrepublik

G.M. - Ende dieses Jahres wird ein guter Freund der Bundesrepublik Deutschland in seine Heimat Schweden zurückkehren und dort als Staatssekretär im Außenministerium eine wichtige Position einnehmen: Ole Jödahl, der Chef der schwedischen diplomatischen Mission in Bonn. Nur ungern sehen wir Ole Jödahl scheiden. Seit 1956 hat der jetzt 57-jährige frühere Journalist die Interessen seines Landes in der Bundesrepublik vertreten. Mit großen Einfühlungsvermögen in die Probleme unseres Landes hat Ole Jödahl entscheidend dazu beigetragen, daß nicht nur in Schweden, sondern auch in den anderen skandinavischen Ländern das Verständnis für das Schicksal des geteilten Deutschland immer wachgehalten wurde. Auch in einer Zeit, in der man in der Bundesrepublik aus innenpolitischen Gründen gelegentlich wenig Schmeichelhaftes über das seit Jahrzehnten von Sozialdemokraten regierte Schweden sagte und schrieb, hat sich Ole Jödahl nie an dem Willen und Wunsch wohl der Mehrheit unseres Volkes irre machen lassen, gerade mit Schweden in einem guten Freundschaftsverhältnis bleiben zu wollen. So wurde Ole Jödahl in den mehr als zehn Jahren seines Wirkens in der Bundesrepublik zum Freund vieler Deutscher? Er wird es bleiben, denn die zahlreichen Verbindungen, die er in der Bundesrepublik als Botschafter angeknüpft hat, werden in seiner neuen Position als Staatssekretär im schwedischen Außenministerium ihr Gewicht behalten.

Wenn von Botschafter Ole Jödahl die Rede ist, darf seine Gattin nicht vergessen werden. In der schönen Residenz des Botschafters in Köln-Braunsfeld war sie stets eine lebenswürdige Gastgeberin. Hier wurde in einer gepflegten Atmosphäre jenseits der offiziellen Empfänge manches lebendige Gespräch geführt und viele Freundschaften angeknüpft, die dem gegenseitigen Verständnis des Wesens von Schweden und Deutschen dienlich waren.

Das ist natürlich kein Zufall, denn die Erfahrungen Ole Jödahls und seiner Gattin auf dem Parkett der internationalen Politik boten eine solide Grundlage für den immer interessanten Meinungsaustausch. 1945 war Ole Jödahl nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit als Journalist in den diplomatischen Dienst getreten. Als Presseattaché in Helsinki und Posen, später als Leiter der Presseabteilung des schwedischen Außenministeriums erwarb er sich die Anerkennung der Leiter der schwedischen Außenpolitik. Denn führte ihn der auswärtige Dienst als Botschafter nach Belgrad und Korea. Als Ole Jödahl 1956 als Botschafter nach Bonn kam, ging ihm bereits der Ruf eines umsichtigen Diplomaten voraus. Diesem Ruf ist er hier in jeder Beziehung gerecht geworden. Als rangältester Diplomat und ziviler Doyen des diplomatischen Korps wurde er zum Präsidenten des Internationalen Klubs in Bonn gewählt.

Wir sind gewiß, daß der Weggang des schwedischen Botschafters aus der Bundesrepublik kein Abschied im üblichen Sinne ist. Zu eng sind die Freundschaften, die Ole Jödahl hier mit zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verbinden. Wir sagen ihm herzlichen Dank für seine Tätigkeit in Deutschland und geben der Hoffnung Ausdruck, daß er als Staatssekretär im schwedischen Außenministerium mit seinen deutschen Freunden in enger Verbindung bleiben möge.

Startchancen verbessern, Leistungen steigern

Ziel neuer Hamburger Gesamtschulversuche:

"Demokratische Leistungsschule"

H.B.-er. - Im April 1968 wird die Schulbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg mit zwei neuen Gesamtschulversuchen beginnen, die weit über Hamburgs Stadtgrenzen hinaus bei Pädagogen, Eltern und Schulpolitikern Beachtung finden dürften. In einem Fall handelt es sich um den Versuch einer "additiven" Gesamtschule, bei der Volksschule, Realschule und Gymnasium als eigene Züge bestehen bleiben. In der zweiten Form werden die bisher eigenständigen Schularten durch ein System von Kern- und Kursunterricht ersetzt. Ziel dieser Versuche ist es, die Startchancen aller Schüler zu verbessern und ihre Leistungen zu steigern. Selbstverständlich werden beide Gesamtschulformen zu den üblichen Schulabschlüssen von Hauptschule, Realschule und Gymnasium führen.

Gesellschaftspolitische und pädagogische Gründe

Die hamburgische Schulbehörde, die seit vielen Jahren zu den fortschrittlichsten in der Bundesrepublik gehört, begründet die neuen Versuche sowohl pädagogisch, als auch gesellschaftspolitisch. Oberschulrat Dr. Johannsen von der Hamburger Schulbehörde hat beispielsweise dargelegt, daß die Existenz einer Gewerkschaftsordnung mit demokratischer Tradition noch keine Gewähr für sozial gleiche Bildungschancen bietet. Die Organisation des Schulwesens habe einen erheblichen Einfluß auf die Überwindung "milieubedingter Bildungssperren". Das jetzige, vertikale Schulsystem, könne auch zwei grundlegende Aufgaben einer demokratischen Leistungsgesellschaft nicht mehr erfüllen: jedem einzelnen Bürger - ungeachtet seiner sozialen Herkunft - die besten Bildungschancen zu sichern und zugleich das Bildungsniveau der Gesellschaft zu heben. Die gesellschaftspolitischen Motive für die Gesamtschule sieht Johannsen so:

- * "Die Planungen sehen nicht nur ein breiteres Bildungsangebot vor
- * als die herkömmlichen Schularten leisten können, sie tragen darüber
- * hinaus der Individualität jedes Schülers besonders Rechnung, in
- * dem sie durch Differenzierung des Unterrichts in den sogenannten
- * Leistungsfächern und durch gezielte Fördermaßnahmen jedem ermöglichen,
- * in diesen Fächern ein Höchstmaß an Befähigung zu entwickeln.
- * Weil die Leistungskurse der Gesamtschule homogener zusammengesetzt
- * werden können als die Klassen der herkömmlichen Schularten, wird
- * ihre Bildungsarbeit leistungsintensiver. Die Konzeption der Gesamtschule
- * zielt also auf die Verbesserung der Startchancen und auf eine
- * Leistungssteigerung ab. Um diese doppelte Zielsetzung auszudrücken,
- * nennt man die Gesamtschule in der Literatur auch 'Demokratische
- * Leistungsschule'. Sie will eine Antwort sein auf die Anforderungen,

- * die in den bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre an
- * ein modernes Schulwesen gestellt werden: gleiche Bildungschancen
- * für alle; bessere Schulbildung für alle, also nicht eine Er-
- * höhung der Abiturientenzahlen; stärkere Berücksichtigung der In-
- * dividualität des Schülers durch ein differenziertes Bildungsange-
- * bot. Verhinderung von Fehlleistungen und Abschulungen, Erziehung
- * zur sozialen Integration."

Ein System ständiger Förderung

Das pädagogische Motiv für die Gesamtschulplanungen sehen die Hamburger vor allem darin, daß die jetzigen Ausleseverfahren ersetzt werden durch ein System ständiger Förderung, das den Schülern die übliche "Abschulung" mit den bekannten negativen Folgen erspart. Vielmehr sollen Schüler mit geringerer Befähigung in der Schule, in die sie eingetreten sind, verbleiben. In einigen Kernfächern nehmen sie am gemeinsamen Unterricht teil, während der Kursunterricht entsprechend des Leistungsstandes differenziert wird, was stufenweise zur Abschaffung des Systems der Klassenlehrer führen dürfte. Dies wird nicht ohne weiteres akzeptiert werden, aber in Hamburg hat man auch gute Argumente für die Neuerung: Die Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler (und umgekehrt) werden versachlicht, der Schüler wird von bestimmten Einflüssen eines Lehrers befreit, es wird zu einem objektiven Tutorien-System kommen. Oberschulrat Johannsen sieht dies so:

- * "Der Tutor wäre für die Betreuung bestimmter Schülergruppen ver-
- * antwortlich, indem er die persönliche und die unterrichtliche
- * Entwicklung jedes Schülers verfolgt. Daß der Schüler mit zunehm-
- * dem Alter der 'Klassenheimat' des Kernunterrichts entwächst, um
- * sich in verschiedenen Schülergruppen zu bewähren, ist pädagogisch
- * zu begrüßen. Die moderne Gesellschaft fordert in Politik, Arbeits-
- * welt und Freizeit die persönliche Bewährung in wechselnden sozia-
- * len Gebieten. Der Schüler muß daher rechtzeitig lernen, sich auch
- * außerhalb von Intimguppen frei und verantwortlich zu bewegen. Das
- * System von Kern- und Kursunterricht sorgt also neben dem zu erwar-
- * tenden Leistungsgewinn für die Erziehung zu zwei Tugenden, die der
- * Bürger in der modernen Gesellschaft braucht: Partnerschaft und so-
- * ziale Beweglichkeit. Die genannten Ziele kann nur die 'integrierte'
- * Gesamtschule verwirklichen. Die 'additive' Form kann dabei als Vor-
- * stufe der 'integrierten' Gesamtschule dienen. Die Umwandlung wird
- * erreicht, indem die Differenzierung des Unterrichts horizontal über
- * die getrennten Schularten hinweggreift."

In Hamburg wird dies nicht überstürzt. Die neuen Versuche werden objektiv überprüft werden, ehe sie einmal allgemein verbindlich werden. Aber an der Elbe weiß man - wie etwa auch in Hessen -, daß mit ernsthaften Versuchen begonnen werden muß, weil jetzt die Weichenstellungen für das

Spanien erweitert Ostkontakte

Madrid will sich in Entspannungspolitik einschalten

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Anstatt über Prag oder über Moskau nach Havanna zu fliegen, wählte Rumäniens stellvertretender Regierungschef Gheorghe Radulescu die Flugroute über Madrid. Nur ein Beamter des spanischen Protokolls war zur Begrüßung erschienen. Als Radulescu einen Tag später weiterflog, verlautete nichts über offizielle Gespräche des rumänischen Gastes in Madrid. Da Spaniens Diplomatie die Ostbeziehungen als "geheime Kommandosache" behandelt und die Ostblockvertreter ebenfalls gelernt haben, wie ein Grab zu schweigen, stellen natürlich politische Beobachter eine ganze Serie von Mutmaßungen an. Dafür gibt es genügend Gründe.

So trafen sich im New Yorker "Spanien-Haus" der spanische UNO-Delegierte Jaime de Pinillos und der rumänische Außenminister Corneliu Banescu und versicherten einander herzliche Freundschaft, beschworen die gemeinsame lateinische Aukunft der Völker Spaniens und Rumäniens, entdeckten wirtschaftliche und außenpolitische Gemeinsamkeiten. Die kommunistisch-falangistische Feindschaft aus den Schützengräben des spanischen Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 schien wie weggeblasen.

Spanien will die Beziehungen zu den europäischen kommunistischen Ländern mit Ausnahme Albaniens und Mitteldeutschlands normalisieren. So wurden die Offiziere und Kadetten des sowjetischen Seegelschulschiffes "Towarischtsch", der früheren deutschen "Gorch Fock", bei ihrem ersten Spanien-Besuch in Barcelona mit ausgesuchten Ehren empfangen. Die Sowjetunion sucht in Madrid ein Botschaftsgebäude, eine spanische Werbeagentur und mehr Handelsmöglichkeiten.

Den Rumänen, die 1967 offizielle Beziehungen zu Spanien aufnehmen, ist dies schon geglückt: im nächsten Jahr beginnt ein dreijähriger Handelsvertrag zu laufen, in dem sich beide Länder die Meistbegünstigung einräumen und im ersten Jahr wenigstens für 18 Millionen Dollar an landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen austauschen wollen. Eine Handelsdelegation nach der anderen kommt nach Madrid, während hinter dicht verschlossenen Türen schon über die fernere Zukunft gesprochen wird, nämlich über diplomatische Beziehungen.

Seitdem die spanisch-amerikanischen Stützpunktverhandlungen festgefahren sind, ist eine verstärkte spanische Tätigkeit mit Blickrichtung auf bessere Beziehungen zu den kommunistischen Ländern des europäischen Ostens zu beobachten. Wer dahinter einen waghalsigen außenpolitischen Balanceakt der Regierung in Madrid vermutet, wird sich täuschen. Das amtliche Spanien will nur die Verhältnisse der Vergangenheit nachholen und mit den übrigen europäischen Ländern in der Ost-West-Entspannung gleichziehen. Deshalb wird in Madrid die neue Bonner Ostpolitik mit gesteigerter Aufmerksamkeit und teilweise auch mit unverhohlener Bewunderung verfolgt.